

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 141

27. Juli 1983

Michael Müller MdB wirft der US-Regierung vor, die Lehren aus dem Vietnam-Krieg zu ignorieren.
Seite 1

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, fürchtet, daß Strauß ein negatives Beispiel für die Arbeit von Journalisten in der DDR beige-steuert hat. Seite 3

Eberhard de Haan, Gruppenleiter Ausländerbe-treuung beim Bundesver-band der Arbeiterwohl-fahrt, belegt die schäd-lichen Wirkungen der Ausländerpolitik von Zimmermann und Blüm.
Seite 5

Werden die USA im Herbst offen intervenieren?

Europa muß die Mittelamerikapolitik der US-Regierung stoppen

Von Michael Müller MdB

Einem Bericht der "New York Times" zufolge hat US-Präsident Ronald Reagan den Plan für ein stärkeres militärisches Ein-greifen der USA in Mittelamerika und zum Sturz der sandini-stischen Regierung in Nicaragua gebilligt. So sind ab Au-gust verstärkt militärische Manöver in Mittelamerika vorge-sehen, die wohl nicht nur militärische Stärke demonstrieren sollen. Ebenfalls ist eine Seeblockade Nicaraguas ge-plant, und in Honduras soll für 150 Millionen Dollar ein weiterer Militärstützpunkt gebaut werden, um die amerika-nischen Interessen in dieser Region besser zum Tragen zu bringen. Diese Informationen der "New York Times" sind schon deshalb glaubwürdig, weil sie sich konsequent in ein Bild einpassen, das man sich aus der bisherigen Mittel-amerikapolitik der USA und den Aussagen führender US-Po-litiker machen muß. Dazu gehört die massive Unterstützung der aufständischen "Contras" gegen die Regierung in Mana-gua, die jetzt noch weiter verstärkt werden soll. Ebenso die bislang undementierte Nachricht, daß die US-Regierung den Sandinisten bis September ein Ultimatum für eine Ein-igung mit den "Contras" gestellt hat, das praktisch einer Unterwerfung gleichkommt.

Es verdichtet sich die Vermutung, daß die USA kein Inter-esse an einer politischen Lösung des Konflikts haben, wie



sie beispielsweise in den Vorschlägen und Vermittlungsangeboten der Contadora-Gruppe angestrebt wird, sondern stattdessen für Herbst eine militärische Intervention entweder direkt oder durch eine offene Zusammenarbeit mit den "Contras" geplant ist. Diese Befürchtung ist schon deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil sie auch in Gesprächen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Gonzales von einflussreichen und gut informierten Amerikanern geäußert wurde.

Offenkundig geht es in Mittelamerika um wirtschaftliche Interessen der USA, so daß eine Verhinderung von Demokratisierung und sozialer Emanzipation in diesem "Vorgarten" (Reagan) den USA selbst militärische Abenteuer und die Zusammenarbeit mit reaktionären Gruppen und Diktaturen zu rechtfertigen scheint. Hinzu kommt besonders bei der Reagan-Administration ein gefährlicher Antikommunismus, der jede berechnete Bestrebung auf Eigenständigkeit und notwendige soziale Reformen als Produkt des Weltkommunismus hinstellt, dem Konflikt damit eine gefährliche weltpolitische Dimension gibt und politisch unabhängige Reformbewegungen in ein "antiamerikanisches" Lager treibt.

In ihrer Mittelamerikapolitik scheint die Regierung der USA weder aus dem Debakel des Vietnamkrieges gelernt zu haben, noch zu begreifen, daß eine Politik der Kolonialisierung und Unterdrückung unabhängiger Staaten in die Sackgasse führt. Die Mittelamerikapolitik der USA schadet im Gegenteil den Vereinigten Staaten in den Entwicklungsländern, macht ihren politischen Anspruch unglaubwürdig und verhindert tragfähige Lösungen. Diese Politik produziert insbesondere bei engagierten Menschen objektiv eine Anti-Haltung zur US-Regierung.

Spaniens Ministerpräsident Gonzales hat im Namen der Sozialistischen Internationale für September eine koordinierte Initiative in den europäischen Parlamenten zur Beilegung des Konflikts angekündigt. Viele amerikanische Bürger, insbesondere aus den Kirchen, Gewerkschaften, aber auch in den parlamentarischen Gremien, fordern und begrüßen europäische Initiativen, um die US-Regierung zu stoppen und eine politische Lösung herbeizuführen. Hier ist auch die Bundesrepublik gefordert. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung auch weiterhin auf diesem Auge blind ist und sich höchstens mal räuspert, wenn ein christdemokratischer Parteifreund verhaftet wird. Dabei könnte die Bundesrepublik Zeichen setzen, die letztlich der Glaubwürdigkeit des Westens helfen und das politische Ansehen in der Dritten Welt erhöhen würde.

Dazu ist zu fordern:

- Die USA ist aufzufordern, ihre Pläne für ihre weitere Mittelamerikapolitik offenzulegen.
- Die Unterstützung der "Contras" ist zu verurteilen.
- Die Bestrebungen für eine politische Lösung, wie zum Beispiel im Friedensappell der Contadora-Gruppe niedergelegt, sind nachhaltig zu unterstützen.
- Die Entwicklungshilfe für Nicaragua ist zu verstärken, und die Unterstützung für die sozialen und demokratischen Reformen der Sandinisten muß eine selbstverständliche Angelegenheit werden.



Strauß' miserables Beispiel

Der CSU-Chef hat am Werbellinsee den journalistischen
Arbeitsmöglichkeiten in der DDR geschadet

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Bei allen sonstigen Wertungen der Exkursion von Franz Josef Strauß in die DDR darf ein für die deutsch-deutschen Beziehungen nicht unwesentlicher Punkt nicht unbeachtet bleiben: Der CSU-Vorsitzende hat am Werbellinsee ein miserables, geradezu jämmerliches Beispiel für den Umgang mit dem Recht auf Information gegeben, wie es in der Schlußakte von Helsinki für alle europäischen Staaten prinzipiell verbürgt ist, und wie es in den besonderen deutsch-deutschen Vereinbarungen für die in der DDR arbeitenden bundesdeutschen Korrespondenten einigermaßen penibel geregelt ist.

Strauß hat den in diesen Rechtsakten begründeten Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten aus der Bundesrepublik Schaden zugefügt, als er es - mindestens widerspruchlos, wenn nicht mitwirkend - geschehen ließ, daß zu seiner Begegnung mit Erich Honecker auf Schloß Hubertusstock nur eine sorgsam ausgewählte Berichterstatte-Crew zugelassen wurde. Diesem Verfahren, für das der CSU-Vorsitzende aufgrund der besonderen deutsch-deutschen Verhältnisse mitverantwortlich ist, auch wenn er dies bestreitet, muß deutlich widersprochen werden, damit es nicht Schule und nicht als Präzedenzfall für die Zukunft herhalten kann.

Es ist keine Frage, daß die Berichterstattung über Politiker-Begegnungen in kommunistischen Staaten anderen Regeln unterliegt als im Westen. Zahlenmäßige Beschränkungen gibt es stets. Um so wichtiger ist es, eingeübte Verfahrensweisen für den Umgang mit der Presse strikt zu beachten, wie sie für bundesdeutsche Journalisten im Falle DDR - anders als in der Sowjetunion oder in anderen osteuropäischen Staaten - gegeben sind. Das hat Strauß versäumt. Zu früheren Zeiten hätte er andere, die sich ebenso verhalten hätten wie er heute, als Naivlinge oder Traamtänzer gescholten. Er muß sich gefallen lassen, daß er jetzt aus journalistischer Sicht nicht minder kritisch beurteilt wird.

Jedermann konzediert, daß es auch und gerade im Ost-West-Verhältnis auch vertrauliche Politiker-Begegnungen fernab der Öffentlichkeit geben muß. Dafür gibt es gerade im deutsch-deutschen Dialog, wenn er nicht zur Schauveranstaltung degenerieren soll, gute Gründe. Wo aber solche nicht gegeben sind, sondern die beteiligten Strauß und Honecker offensichtlich sogar Öffentlichkeit wünschten, da muß auch mit offenen Karten fair gespielt werden.

Der CSU-Vorsitzende aber hat zugelassen, daß bei seiner Begegnung mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden und sogar bei seinem anschließenden "Presse"-gespräch auf Schloß Hubertusstock - außer den beiden Fernsehanstalten, der dpa und dem Bayerischen Rundfunk - nur "Bild" dabei war. Es fällt schwer zu glauben, der CSU-Vorsitzende habe im letztgenannten Fall nicht Einfluß genommen und der DDR angesonnen, über ihren Schatten zu springen, und das sie in Anführungszeichen stramm ignorierende Blatt extra zu akkre-



ditieren. Er hat damit nicht nur die in der DDR unter nicht einfachen beruflichen Bedingungen arbeitenden, ständig akkreditierten Korrespondenten im Stich gelassen. Er hat auch einen - wie die FAZ zu Recht schrieb - "die Informationsfreiheit und die Qualität der Berichterstattung" bedrohenden Modus geschaffen, den andere künftig womöglich noch werden ausbaden müssen.

Das Urteil der schreibenden Zunft über die Arbeitsmöglichkeiten während der Strauß-Visite am Werbellinsee ist - von der Frankfurter Rundschau bis zur Frankfurter Allgemeinen - selten einmütig: So schlecht war es noch nie. Es wäre wirklich zu simpel, darin nur den Ärger von Kollegen sehen zu wollen, die auch sonstwo miterleben müssen, wie sich wichtige Repräsentanten der Bonner Koalition - der Kanzler und Strauß an der Spitze - am liebsten nur noch Bildhaft dem Volke darstellen lassen. Das könnte man abtun: Diese Art Ein-Weg-Kommunikation hat auch ihren Wegwerfeffekt. Aber am Werbellinsee ging es ums Prinzip geregelter journalistischer Verhältnisse. Die hat Strauß grob mißachtet.

Nur noch eine historische Reminiszenz: Man erinnert sich, wie Rainer Barzel einst sehr beredt die "Freizügigkeit von Menschen, Meinungen und Informationen" in Deutschland einklagte. Das ist mehr als ein Jahrzehnt her. Daß einer, der Barzel damals stolpern ließ, weil er ihm dann doch nicht forsch genug war, heute nicht einmal ausschöpfen hilft, was es inzwischen an Informationsmöglichkeiten in Deutschland gibt, wenn auch von Sozial-Liberalen geschaffen, ist schon ein Armutszeugnis, erst recht natürlich vor der Unions-internen Geschichte. (-/27.7.1983/bgy/va)

+ + +



Das deutsch-türkische Verhältnis verschlechtert sich rapide

Die Ausländerpolitik der Regierung führt zu Schaden im Ausland

Von Eberhard de Haan

Gruppenleiter Ausländerbetreuung beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt

Die Ministerbesuche in Ankara reißen nicht ab, neben einigen Landesministern kamen Blüm (Arbeit) und Zimmermann (Inneres) in die türkische Hauptstadt. Schneider (Wohnungsbau) und Wörner (Verteidigung) werden folgen.

Dieser intensive politische Tourismus ist nicht allein durch die Sommerpause erklärbar. Er offenbart gleichzeitig tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen den entscheidenden Bundesministern, da sich die Bundesregierung auf einen Gesetzesentwurf festgelegt hat, der im Eilverfahren durchgepeitscht wurde. Der Verhandlungsspielraum der Staatsbesuche ist gleich Null. Auch Blüm konnte nur zusagen, türkische Vorschläge zu prüfen. Es wäre einfacher gewesen, die amtlichen Texte nach Ankara zu senden, statt Minister, die sich dann vor Ort in Widersprüche verwickeln.

Blüm versuchte vergeblich, gleichzeitig mit Zimmermann Kabinettsdisziplin zu üben und sich mit seinen Sozialausschüssen zu solidarisieren. Beiden widerspricht energisch Frau Funcke - immerhin Ausländerbeauftragte dieser Bundesregierung. Konsequenterweise läßt Zimmermann durch Dritte den Rücktritt von Frau Funcke fordern. Der Kanzler - wie gehabt - schweigt dazu.

Mit dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung wird eine Diskussion zum schlechten Ende gebracht, die vor 15 Jahren einmal hoffnungsvoll begann. Es lohnt sich daran zu erinnern, daß die Rückkehrdiskussion sehr alt ist und noch niemals zu brauchbaren Lösungsvorschlägen geführt hat. Ursprünglicher Ansatz dieser 15 Jahre alten Diskussion war der Gedanke, rückkehrwillige Ausländer beruflich zu qualifizieren und mit ihnen entwicklungspolitische Projekte in ihrer Heimat durchzuführen.

Eine Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes war damals nicht angestrebt, wegen der Hochkonjunktur auch nicht vordringlich. Die Verbindung der Rückkehrförderung mit der Absicht, die Bundesrepublik Deutschland von möglichst vielen Ausländern zu entlasten, wurde erst ab Sommer 1980 spürbar, wobei nach anfänglicher Begeisterung sehr rasch Ernüchterung um sich griff.

Nicht mehr Entwicklungsprojekte und Ausbildungsplätze wurden geplant, sondern finanzielle "Anreize". Ein fragwürdiger psychologischer Begriff, der rationale Interessenabwägung und Zukunftsplanung eher ausschließt als sichert. Inzwischen ist von Experten hinreichend geklärt, daß wirksame Rückkehrhilfen nicht finanzierbar, finanzierbare Rückkehrhilfen nicht wirksam sind und sein können. Eine spürbare Absenkung der Ausländerzahlen ist von dieser Rückkehrförderung nicht zu erwarten, wie auch der Innenminister inzwischen einräumt. Jede Rückkehrförderung, die sich mit Geldprämien an potentielle Rückkehrer wendet, stößt sehr schnell an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Kostenneutral jedenfalls lassen sich erfolgreiche Finanzierungsmodelle nicht entwickeln. Einige der gemachten Vorschläge sind ohnehin allenfalls geeignet, die Rückkehr, falls sie geplant ist, zu erleichtern - nicht jedoch den Rückkehrentschluß herbeizuführen.

Obwohl dies alles bekannt und auch leicht zu errechnen war, wurden im Vorfeld der Entscheidung hohe Summen genannt. Das Gerücht von einer Rückkehrprämie von 50.000 DM



oder mehr geisterte durch die deutsche und vor allem durch die ausländische Presse. Ausländische Familien, die ernsthaft an Rückkehr dachten, wurden verunsichert, da sie glauben mußten, bei einer vorzeitigen Rückkehr wichtige Chancen zu versäumen.

Obwohl die Regierungsvorlage eilbedürftig war, wurde sie monatelang zwischen dem Arbeits- und dem Finanzministerium hin und her geschoben und in Spitzengesprächen der Minister behandelt. Entsprechend reduzierten sich auch die an die Rückkehrförderung verbundenen Erwartungen.

Was dann vom Bundeskabinett schließlich verabschiedet wurde, sind zwei schmale Maßnahmenbündel von unterschiedlicher Qualität, die den geweckten Erwartungen der Ausländer in keiner Weise entsprechen. Eine Rückkehrprämie von 10.500 DM sollen Ausländer nur erhalten, wenn sie durch Konkurs oder Betriebsstilllegung arbeitslos werden, oder mehr als sechs Monate Kurzarbeit hinter sich haben. Außerdem werden pro rückkehrendem Kind 1.500 DM gezahlt.

Dies hat den Sparvorteil, daß Ausländer, die möglicherweise ihre Arbeitslosigkeit selbst herbeiführen, vom Bezug der Prämie ausgeschlossen bleiben. Es wirft allerdings ein interessantes Licht auf die Erwartung der Bundesregierung in den wirtschaftlichen Aufschwung, der schon begonnen haben soll, denn diese Rückkehrförderung kann nur erfolgreich sein, wenn es auch 1984 zu einer großen Anzahl von Konkursen kommt.

Arbeitnehmer aus Tunesien, Marokko, Portugal und der Türkei konnten bisher bei einer Rückkehr die Auszahlung der Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung beantragen. Sie mußten allerdings eine Wartezeit von zwei Jahren in Kauf nehmen. Diese Wartezeit soll nunmehr entfallen. Hier von einer Rückkehrförderung zu sprechen, ist reichlich anmaßend, denn es wird nur Geld ausgezahlt, das diesen Arbeitnehmern ohnehin gehört, wobei die Arbeitgeberbeiträge der Rentenversicherung erhalten bleiben.



Nach Berechnungen der Bundesregierung steht einer kurzfristigen Belastung der Rentenversicherung in Höhe von 680 Millionen DM eine längerfristige Entlastung in Höhe von zwei Milliarden DM gegenüber, das heißt für jede ausgezahlte DM spart die Rentenversicherung drei DM an künftigen Verpflichtungen ein.

Ein Geschäft also, von dem auch Grundstücksspekulanten nur träumen können. Ein letzter Teil der Vorlage kann in Grenzen die Rückkehr erleichtern, wenn die oft minimalen Betriebsrentenansprüche kapitalisiert werden und staatlich geförderte Sparverträge jederzeit ohne Prämienverlust bei Rückkehr aufgelöst und ausgezahlt werden können.

Aber auch Ausländer, die alle angebotenen Vergünstigungen ausschöpfen, vertrauen sich einer mehr als ungewissen Zukunft an. Dies gilt vor allem für Türken, die praktisch keine Chance haben, in ihrer Heimat einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitslosigkeit in der Türkei wird auf mehr als 20 Prozent geschätzt. Für eine Betriebsgründung, die modernen Ansprüchen genügt, reicht das mitgenommene Kapital in aller Regel nicht aus, wobei noch hervorzuheben ist, daß dieses Kapital mit einem Verzicht auf die soziale Sicherung erkaufte werden muß.

Es besteht kein Zweifel, daß bei dieser Rückkehrförderung der außenpolitische Schaden größer sein wird als der innenpolitische Nutzen. Dies wird sich auch dann nicht ändern, wenn in schneller Folge deutsche Minister und Staatssekretäre sich in Ankara die Türklinke in die Hand geben. Das deutsch-türkische Verhältnis verschlechtert sich rapide, weil die Türken zu Recht vermuten, daß hier Arbeitsmarktpolitik zu ihren Lasten betrieben werden soll.

(-/27.7.1983/bgy/va)

+ + +

